

Gespräch mit Heinz Bude

»Uns geht es beängstigend gut«

Der Soziologe Heinz Bude lehrt an der Universität Kassel und lebt in Berlin. Im Zentrum seiner Forschungen stehen die Veränderungen von Formen und Dynamiken sozialer Ungleichheit. Zuletzt erschien in der Hamburger Edition: »Gesellschaft der Angst«. Darin konstatiert er für Deutschland ein verbreitetes Gefühl der verstörenden Ungewissheit, der runtergeschluckten Wut und der stillen Verbitterung. Die Frage stellte Thomas Meyer.

NG/FH: Ihr neues Buch heißt *Gesellschaft der Angst*. Was heißt es, wenn man heute diese Diagnose stellt? Handelt es sich um eine Reflexion darüber, dass in den modernen Gesellschaften viel Angst vorherrscht, die wir nicht ausreichend beachten oder gibt es neue Entwicklungen bzw. eine bedeutende Steigerung von Angst und Ängsten, die wir noch gar nicht zur Kenntnis genommen haben?

Heinz Bude: Affekte, Gefühle und Stimmungen eignen sich besonders für die Beschreibung von Gesellschaften im Ganzen, weil sie über die verschiedenen Lagen und Milieus hinwegfegen und für die Leute die Frage aufwerfen, in was für einer Gesellschaft sie sich befinden.

Bleiben wir bei den Gesellschaften unserer Art: Das Regime sozialer Ungleichheit hat sich in den letzten 20 Jahren offenbar ziemlich grundsätzlich gewandelt. Es herrscht das »the winner takes it all«-Prinzip, wie es die beiden amerikanischen Ökonomen Robert H. Frank und Philip J. Cook genannt haben. Das bedeutet: Die Gewinner nehmen alles mit und lassen dem Rest, was übrig bleibt. Nicht die Leistung auf der Hinterbühne, sondern der Erfolg auf der Vorderbühne zählt. Denken Sie beispielsweise an Leute wie Steve Jobs oder die Samwer-Brüder, die hinter Zalan-

do stecken. Da werden Studienabbrecher zu enorm erfolgreichen Unternehmern, weil sie einen Coup landen, der in bestimmter Hinsicht unser Leben ändert. Das Smartphone wird zum Handschmeichler und im Internetkaufhaus kann der kritische Konsument sich ziemlich schlau vornehmen. Es geht darum, jenen Punkt zu treffen, der vorn, nicht hinten und nicht abseits liegt. Und diese Logik greift überall, bei Berufs- und Informationsmärkten genauso wie bei Beziehungs- und Heiratsmärkten oder generell bei Aufmerksamkeitsmärkten.

Wenn die Schlaunen, Schnellen und Gerissenen das Spiel machen, schauen die Klugen, Bedächtigen und Ehrlichen in die Röhre. Verliererabfindung wird dann zu einem beherrschenden gesellschaftlichen Thema. In der langen Nachkriegszeit kamen alle irgendwie mit. Die politische Ökonomie der Booms war durch eine Profitierungslogik geprägt, die von der Mitte der Gesellschaft ausging: *Wohlstand für alle. Chancen für alle*. Jetzt können wir nicht mehr davon ausgehen, dass für alle dieselbe Zukunftsperspektive existiert. Es gibt die besten Aussichten für die Gewinner, die sich im Luxussegment mit Paul Smith oder Stella McCartney ausstatten, und schlechte für die Verlierer, die bestenfalls mit Klamotten von TopShop auffallen können. Und weil die »feinen Unterschiede« im Netz 2.0 weltweit verhandelt werden, kann man dem Gesetz der »relativen Deprivation« kaum entgehen. Warum fällt denen alles so leicht, und mir alles so schwer?

Die Großeltern und Eltern aus der mittleren Komfortzone unserer Gesellschaft gehen zudem davon aus, dass es die Kinder und Enkel höchstens noch schaffen, die Position ihres Elternhauses zu erhalten. Mehr ist nur drin, wenn man über den nötigen Instinkt zur Spekulation oder zum

Bluff verfügt. Die heutigen Mittfünfziger bis Mittsiebziger gehen davon aus, dass die Zeit des sozialen Aufstiegs, die ihre Zeit war, vorbei ist. Jetzt regiert das Erbe. Und dies obwohl die Bildungsbeteiligung stetig wächst und sich die Lage der 20-Jährigen, wenn man das Verhältnis von Geburtenentwicklung und Stellenverfügbarkeit zugrunde legt, als verblüffend günstig darstellt.

NG/FH: Heißt das dann, dass das vorherrschende Bild einer im Wesentlichen zufriedenen Gesellschaft nur oberflächlich ist und es in ihr unter der Decke ganz anders aussieht? Ist das in anderen Ländern ähnlich?

Bude: Wir haben das Zukunftsvertrauen, dass sich die Dinge schon wieder richten werden, verloren. In der Nachkriegszeit existierte die kollektive Kriegsfolgenbetroffenheit als eine Loyalitätsreserve. Auf die Wiederaufbauverpflichtung konnte man sich trotz unüberbrückbarer Interessengegensätze einigen. Das ging bis Helmut Kohl, der damit die Einigung meistern wollte und letztlich auch konnte.

Sein Nachfolger Gerhard Schröder offerierte eine neue und andere Erzählung. Es ist nun nicht mehr der Aufstieg aus Ruinen, der die dynamischen Teile unserer Gesellschaft zusammenbringt, sondern die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit. Der Gedanke, wir müssen die Türen öffnen, wir leben nicht allein auf der Welt und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass andere mitkonkurrieren. Wir müssen die Zähne zusammenbeißen, die Energien entfesseln, um unsere Position in der Zukunft überhaupt halten zu können. Dieses Narrativ ist tief in die Poren der Deutschen eingedrungen und in gewisser Weise hat Gerhard Schröder damit großen ideologischen Erfolg gehabt, weil die Leute gesehen haben, dass es stimmt, dass etwas getan werden muss, um an der Spitze bleiben zu können. Und er hatte Recht damit: Deutschland

stellt sich nach der Krise von 2008 als die augenscheinlich erfolgreichste Volkswirtschaft des gesamten OECD-Raums dar – und das, obwohl wir noch im Jahr 2000 für den »kranken Mann Europas« gehalten wurden.

Die andere Seite dieser »stillen Revolution« im Dienste der Steigerung von Konkurrenzfähigkeit ist das Gefühl der Verbitterung bei jenen, die sich auf den dritten und vierten Plätzen sehen. Sie nehmen zur Kenntnis, dass Deutschland wegen seiner Erfolge auf den Weltmärkten mit einigem Respekt behandelt wird, und fühlen sich hier im Lande herumgeschubst und zurückgesetzt.

NG/FH: Ist das die Erklärung für Pegida?

Bude: Zumindest eine ganz wesentliche Erklärung dafür. Diese Gruppe der »relativ Depravierten« haben Ernst-Dieter Lantermann und ich 2011 in einer Untersuchung über Kompetenzüberzeugungen und Lebenserfolgsbilanzen sehr gut identifizieren können. Wir sind auf eine Gruppe von immerhin 13% in der Bevölkerung gestoßen, die zwar islamophob, gleichzeitig aber weltoffen ist. Deren Grundidee ist: »Wir haben es einigermaßen geschafft, hätten aber viel mehr schaffen können, wenn man uns denn nur gelassen hätte.« In Ostdeutschland ist sie verhältnismäßig größer als in Westdeutschland. Das sind die verbitterten Gewinner, die von dem Gefühl beherrscht sind: Ich war bereit, meine Kompetenzen einzusetzen. Ich war bereit, meine Energien zu entfalten. Ich habe mich von Schröders Idee einer »neuen Mitte« angesprochen gefühlt. Aber man hat mich nicht gelassen. Sie sind davon überzeugt, dass sie aufgrund von Bedingungen unterhalb ihrer Möglichkeiten geblieben sind, die sie nicht haben beeinflussen können.

NG/FH: Das Interessante ist ja, dass es diesen Gruppen momentan eigentlich ziemlich gut zu gehen scheint und sie trotzdem

unter der Angst leiden, dass es nicht mehr lange dauern könnte? Eine »Panik im Mittelstand«, wie Sie das auch mal genannt haben?

Bude: Richtig. Wir können das in der Formulierung zusammenfassen: »Uns geht es beängstigend gut«. Wir sehen Gesellschaften um uns herum, bei denen sieht das anders aus. In Großbritannien zum Beispiel haben nach einer Untersuchung von 2014 33 % der Haushalte Angst vor dem Winter, weil sie die Sorge haben, dass sie nicht genug Geld haben werden, um ihre Wohnungen zu heizen. Vor 25 Jahren waren das, obwohl sich die wirtschaftliche Gesamtleistung des Landes seitdem verdoppelt hat, nur 14 %. In Frankreich besteht nach wie vor die Möglichkeit, dass eine Rechtspopulistin Staatspräsidentin wird. In Italien hat die Hälfte der Hochschulabgänger keinerlei Chance, eine statusgemäße Beschäftigung zu finden. Da fragen sich die Leute hierzulande natürlich, wie lange das mit uns noch so gut geht.

Wir haben natürlich insbesondere durch die neuere Politik der Europäischen Zentralbank eine gewisse Regulation des Risikoausgleichs in Europa. Aber die Leute wissen nicht, wohin für Europa insgesamt eine Politik des billigen Geldes führen wird: Mario Draghis Versprechen an die Märkte erscheint nicht Wenigen – bei Zinsen nahe Null – als Drohung für die eigene Zukunftsvorsorge.

NG/FH: Das sind verschiedene, sozioökonomisch grundierte Ängste, die bestimmten Unsicherheitserwartungen oder Unsicherheitsempfindungen entsprechen, wo es möglicherweise sogar so ist, je höher man geklettert ist desto tiefer der gefürchtete Absturz? Und in den Dienstleistungsberufen stehen ja auch schon die Nachrücker, die für noch weniger Lohn mit noch mehr Druck zurechtkämen? Läuft es dann darauf hinaus, dass die Hälfte der Gesellschaft oder mehr betroffen ist?

Bude: Die Hälfte würde ich nicht sagen, aber Sie haben Recht, das Dienstleistungsproletariat in Deutschland, das sich aus Tätigkeiten der einfachen Dienstleistung in der Paketzustellung, in der Gebäudereinigung oder auch der Pflege zusammensetzt, liegt bei 12-15 % der Beschäftigten, das ist nicht wenig. Dazu die unteren Teile der Mitte, die sich teilweise in Situationen des prekären Wohlstandes befinden, würde ich mit 20 % der Haushalte ansetzen. Das heißt, wir kommen in der Summe auf ein gutes Drittel der Bevölkerung.

NG/FH: Und dann kommen ja noch die anderen hinzu, die auch schon vorher beschrieben worden sind, diejenigen, die gar nicht so sehr fürchten, dass ihr Status verloren gehen könnte, sondern in der dauernden Qual leben, ob sie nun die richtige Wahl getroffen haben oder eine bessere möglich ist und sie nicht etwas verpassen: die an der Multioptionsgesellschaft Leidenden. Das geht wahrscheinlich auch noch bis in die Gruppen derer hinein, die eigentlich keine Statusangst haben müssten. Ist das eine stark kulturell fundierte biografische Lebensangst?

Bude: Das Interessante an einer Soziologie der Angst besteht darin, dass sie zu anderen Gruppierungen bei der Betrachtung der Gesellschaft führt. Das gilt für die Affekte insgesamt. Sie kennen den Begriff der Stimmungsdemokratie, der Stimmungswechsel für neue Mehrheitsbildungen verantwortlich macht. Stimmungen werden für Demokratien unserer Art zukünftig von großer Bedeutung sein, weil sich die Stimmungsgrundlagen sehr gewandelt haben. Die Stimmungsgrundlage der Nachkriegszeit war insofern positiv, da die meisten das Gefühl hatten, dass das Schlimmste hinter ihnen lag. Ab dem Jahrgang 1964 stimmt das nicht mehr. Wenn es so etwas wie »das Schlimmste« überhaupt gibt, dann liegt das für die meisten heute vor uns.

NG/FH: Bis in die Mitte der 80er Jahre gab es ja eindeutig eine sozusagen utopische Grundstimmung: »Es wird immer besser.« Dann kam der ökologische Bruch und damit das Bewusstsein von der Zerstörbarkeit der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Zivilisation. Die Grundstimmung kippte: »Es kann noch viel schlimmer werden und besser wird es auf keinen Fall, mal sehen, wie schlimm es eigentlich werden kann«.

Bude: So ist es. Interessanterweise haben wir die Depression der Helmut-Schmidt-Periode mit den »autofreien Sonntagen« und den »Grenzen des Wachstums« in den unbeschwerten 80er Jahren in Deutschland mit einem Mal überwunden. »You

» Wenn es so etwas wie ›das Schlimmste‹ überhaupt gibt, dann liegt das für die meisten heute vor uns. «

Can Win If You Want« hieß es 1985 bei »Modern Talking«. Von dieser weltflüchtigen Gutgelauntheit kann heute keine Rede mehr sein. Wir reden nicht mehr von Klimakatastrophe, sondern von Klimawandel. Das heißt, man nimmt irreversible Veränderungen hin, an denen man gar nichts mehr machen kann. Der Klimawandel hat längst stattgefunden und lässt sich nicht mehr aufhalten. Die Intelligenz besteht in der Adaption, nicht mehr in der Reversion.

NG/FH: Das alles ergibt ein Bild, bei dem die allgemeine Oberflächenzufriedenheit auf ziemlich brüchigem Boden errichtet ist. Wenn wir jetzt die genannten Stimmungselemente nehmen, spielt die eine andere Rolle als vorher? Kann künftig durch bestimmte Ereignisse, wie eine ereignisbezogene Panik, schnell etwas oder gar das Ganze wegbrechen? Einige fangen an und sagen: »Wir leben jetzt hier in einer höchst gefährlichen Situation« – und dann marschieren auf einmal 30.000 Menschen durch die Innenstadt? Muss man sich, vor

allem auch in der Politik, auf so etwas einrichten?

Bude: Absolut. Ich glaube, wir sind in einer Situation, in der die Temperierung von Stimmungen ein ganz wichtiges Thema wird und gerade für das politische Personal eine Herausforderung darstellt. Das ist eine neue Problematik für die Steuerung von modernen Gesellschaften auf die niemand vorbereitet ist und die auch niemand sieht.

Denken Sie mal an Berlusconi. Der war ein Stimmungspolitiker und auch sehr erfolgreich damit. Zwar mit sehr unangenehmen Konsequenzen, wie ich finde, aber mit dieser Stimmungsmache gegen den Staat sehr erfolgreich. Er sagte: »Ich würde

auch betrügen«, und alle stimmten zu. Diese populistische Idee hatte einen mobilisierenden Charakter. Daran sehen Sie, dass eine effektive Chancenstruktur für demagogische Aktionen existiert. Der Demagoge ist immer derjenige, der sagt: »Ich weiß doch, was mit uns allen los ist, aber es will ja keiner darüber reden.« Und schon haben Sie das Gerede von »Lügenpresse« und von »Lügenpolitik«. Für uns und unser Leben, so sagen die Demagogen und ihre Gefolgsleute dann, sind ganz andere Themen relevant als in den abgehobenen Welten der Medien und der Politik verhandelt werden. Die Lüge ist, was uns aufgetischt wird, und der Betrug, was mit uns gemacht wird.

NG/FH: Nun sagen Sie ja, der Demagoge instrumentalisiert diese Ängste als Machtressource für seine eigenen Machtspiele. Die Amtsinhaberin verwaltet das clever und sediert es durch Dialogverweigerung, wie Sie das in Ihrem Buch ja auch beschreiben: Mutti ist da, hat euch an der Hand und arbeitet täglich daran, dass alles

stabil bleibt und niemand Euch etwas wegnimmt. Was viele eben doch nicht beruhigt. Und dann gibt es den Staatsmann und die Staatsfrau, die das Ganze in irgendeiner Form bewältigen und so thematisieren, dass die Leute sich in diesen Ängsten ernstgenommen fühlen, ohne dabei Sündenböcke zu schaffen bei denen man den eigenen Hass symbolisch ablädt. Sie zeigen vielmehr, wie die größten Probleme gemeinsam bewältigt werden können. Das was Roosevelt als »gute Politik« bezeichnet hat. Sie zitieren ihn ja in Ihrem Buch: Eigentlich heißt gute Politik stets die Angst der Leute, die irgendwo immer da ist, in einem öffentlichen Diskurs, mit einer passenden Politik, aufzunehmen und zu bearbeiten. Ist das nicht genau das, was bei uns vollkommen fehlt?

Bude: Richtig. Angela Merkel hat sich zu einem Regime der ewigen Gegenwart entschieden. Ich bewundere, wie sie das schafft. Sie will auf keinen Fall über Angst reden. Weil sie aus guten Gründen davon über-

zeugt ist, dass die Angst das Metier der Demagogen ist, gegen die im Zweifelsfall kein Kraut gewachsen ist.

Deshalb ist das eine problematische Geschichte – denken Sie beispielsweise an Griechenland. Die griechische Gesellschaft stand vor der Notwendigkeit, einen anderen Schritt tun zu müssen, dabei kam eine für uns noch vor zwei Monaten undenkbare Melange zwischen Rechtspopulisten und einer möglicherweise vernünftigen Linksfraktion heraus. Das ist, als würde sich in Deutschland die Linke mit der AfD verschwistern. Sahra Wagenknecht hat entsprechende Signale ja schon an Alexander Gauland ausgesendet. Was ist das Einigende? Der demagogische Antikapitalismus. Ich glaube, dass man nur dann staatsmännisch intervenieren kann, Angst interpretieren und konstruktive Deutungen finden kann, wenn damit eine Öffnung auf die Zukunft verbunden ist. Diese Frage betrifft heute die Rolle von Deutschland in Europa. Wir sind doch die Amerikaner Europas geworden. Wir werden in Europa

bewundert und gefürchtet, alle schauen auf Deutschland. Und ich habe den Eindruck, dass Angela Merkels Regime der ewigen Gegenwart sich vor der Frage scheut, wie Europa aus deutscher Sicht in 30 Jahren aussehen soll. Wo sollte ein solcher Wurf für Europa herkommen, wenn nicht aus Deutschland?

Ich habe aber auch den Eindruck, dass die Akteure der deutschen Öffentlichkeit von einer gewissen Einflussangst erfüllt sind. Sie wollen sich mit solchen Überlegungen, die natürlich kontrovers sein werden, nicht aus der Deckung wagen. Aber erst dadurch würden Zukunftsentwürfe in Europa verhandelbar. Das ist natürlich keine leichte Situation, aber ich glaube, das Emotionsregime von Angela Merkel geht angesichts solcher Fragen seinem Ende entgegen.

NG/FH: Interessant ist ja, dass es in der ZEIT einen Leitartikel gab, in dem die Autoren der Ansicht sind, dass diese Regierung ihrem Ende entgegen geht, dass das Spiel mit »alternativlos«, »Konsens« und »wir-sind-uns-alle-einig« ausgereizt ist. Nun würde hervorbrechen, was unter der dünnen Decke von Zufriedenheit und Sprachlosigkeit im Verborgenen gehalten wurde.

Bude: Ich teile diese Deutung. Die Idee, es gäbe keine Alternative, kann die Leute nicht mehr binden. Und wir erleben den Bindungsverlust dieses Regimes der politischen Steuerung im Augenblick. Ich glaube nicht, dass Pegida in der deutschen Gesellschaft streut. In Kassel, wo ich an der Universität bin, gab es 50 Pegida-Anhänger und 500 waren gleich dagegen. Das fasst nicht Fuß. Aber es ist eine Spitze, zeigt eine Symptomlage, die, auch wenn Pegida jetzt zerfällt, ein Milieu des verstockten Verstummens hervorbringen wird. Und das ist nicht gut für eine Gesellschaft.

NG/FH: Wir haben uns vorhin auf die drei Politikertypen bezogen, die auf unterschiedliche Weise mit dem Angstproblem

umgehen: zunächst den Typus, der Angstpolitik zur Instrumentalisierung und Verschärfung der Ängste benutzt, die Demagogen also, die wir ja in Europa reichlich am rechten und am linken Rand haben. Zweitens die Amtsinhaber, die durch einen Nicht-Diskurs, durch Beschwichtigungen damit umgehen, als gäbe es keinen Anlass über irgendetwas groß zu reden: »Wir machen doch gute Politik, euch geht es gut, worüber sollen wir denn noch reden?« Das nehmen ihnen viele nicht mehr ab, weil sie ihre Ängste doch real spüren. Und dann, drittens, den Staatsmann, der die Ängste aufgreift und sich ihnen widmet, aber keineswegs direkt zum Thema macht. Heute wäre die Frage: Wie könnten Politiker die neue Angst zu ihrem Bezugspunkt machen, wie lässt sich die Situation so handhaben, dass man passende politische Angebote macht und sie so adressiert, dass sich Betroffene angesprochen fühlen, ohne die Fahne der Angst dabei zu hissen?

Bude: Angst ist ein schlechter Politiker. Eine politische Führungsperson sollte sich nicht von der Angst überwältigen lassen. Roosevelt, den ich persönlich für einen der wichtigsten Politiker des 20. Jahrhunderts halte, hatte Kinderlähmung und konnte kaum alleine gehen. Und dieser Mensch sagt den Amerikanern: »Ich habe in eure Gesichter gesehen und ich weiß, wie es um euch steht.« Sie müssen eine ungeheure innere Kraft besitzen, um so etwas glaubhaft sagen zu können. Die Staatsfrau oder der Staatsmann von heute braucht die Kraft, die Dinge beim Namen zu nennen: was den Leuten Angst macht und was wir zusammen tun können, um Bewegungsfreiheit zu gewinnen. Zukunftsöffnung bedeutet, eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie unsere Gesellschaft in 20 oder 30 Jahren aussehen soll. Welches Wir verspricht welche Zukunft? Der Begriff dafür ist Solidarität.

Wir haben uns in den letzten 30 Jahren daran gewöhnt, den normativ gehaltvollen Begriff von Politik unter den Begriff der

sozialen Gerechtigkeit zu stellen. Solidarität meint etwas anderes. Es geht nämlich nicht um die Zuerkennung von legitimen Ansprüchen, das ist nicht unser Problem. Es geht um die Mobilisierung von Großzügigkeit unter uns. Zukunft wird gemeinsam gewagt, nicht individuell garantiert.

NG/FH: Muss nicht auch der Begriff humane Sicherheit ins Spiel gebracht werden, die Vorstellung einer menschlichen Grund-sicherheit? Ein Begriff, der vor allem über soziale und ökonomische Grundrechte definiert wird. Was garantieren wir jedem Einzelnen, unter welches Niveau von Leben und Sicherheit könnt ihr nicht fallen? Wäre das nicht der direkte Korrespondenzbegriff zu einer Angst, die Risiken, Gefahren, das soziale Abrutschen und den Statusverlust widerspiegelt. Ein politisches Angebot: »Okay, was auch immer wir machen, die menschliche Sicherheit, durch Grundrechte garantiert, muss die Basis sein. Und auf der Basis gestalten wir die Zukunft, in der wir mit Emigranten fair und menschenwürdig umgehen«.

Bude: Ich glaube, Sie haben Recht. Ohne Anrechte keine Optionen. Der Staat muss nach Kriterien soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Teilhabe für die vielen Einzelnen ermöglichen. Aber es braucht ein gedachtes Wir, das den sozialen Rechtsstaat trägt und den Horizont für eine gemeinsame Zukunft eröffnet. Die »inkluisiven Institutionen«, von denen Daron Acemoglu und James A. Robinson bei ihrer Antwort auf die Frage »Warum Nationen scheitern« setzen, beinhalten die Großzügigkeit einer Zivilgesellschaft in der Sorge für die anderen. Was wir gerade im letzten Jahr an Hilfe für Flüchtlinge erlebt haben, mit überraschenden Kombinationen zwischen Kirchengemeinden und Stadtverwaltungen, belegt die Bereitschaft für Solidarität in der bundesrepublikanischen Zivilgesellschaft. Die Leute sind nicht nur eng-herzig auf ihren Vorteil bedacht.

NG/FH: Das berührt doch das Thema, dass Sie ganz am Anfang angesprochen haben: die neue Maxime, die in unseren Gesellschaften herrscht: »the winner takes it all«. Das führt doch zu immer größerer Ungleichheit. Solidarität wird ja aber bekanntlich je eher realisiert desto mehr Gleichheit in der Gesellschaft herrscht. Hat das Thema Angst demnach nicht auch sehr viel mit Gleichheit und Ungleichheit zu tun?

Bude: Ich glaube schon. Es ist in der Tat so, dass die Angst, auszurutschen und abzurutschen, eines der ganz wesentlichen Angstbilder ist, mit denen wir es heute zu tun haben. Die soziologische Ungleichheitsforschung hat die Umstellung von Herkunft auf Karriere vorgenommen. Was aus mir wird, hängt zwar wesentlich von meinem Elternhaus ab, aber wie sich die unterschiedliche Ressourcenausstattung durch soziale Herkunft in Lebenskarrieren ummünzt, die Beruf, Familie und persönliche Entwicklung zusammenbringen, ist alles andere als klar. Ein guter Bildungsabschluss ist zweifellos notwendig, aber noch lange nicht hinreichend für das Bestehen der verschiedenen Auslese- und Ausscheidungswettbewerbe im Lebenslauf. Die ganz normale Angst unserer Gesellschaft hängt mit der wachsenden Unsicherheit zusammen, was bei der Bildungs-, Berufs-, der Partnerwahl im Zweifelsfall zählt. Und vor allem, ob man sich zu den Gewinnern rechnen kann oder sich mit jenen in einem Topf sieht, die auf eine zweite Wahl angewiesen sind. Viele Untersuchungen bestätigen, dass die Menschen wissen, dass sie sich den Stress vor allem selbst machen. Das Ranking-Verhalten ist ihnen aber offenbar so selbstverständlich geworden, dass sie aus ihrer Haut nicht mehr rauskommen. Da helfen keine staatlichen Garantien, sondern nur die gelebte Solidarität, die einem zeigt, dass man nicht allein steht.

NG/FH: Aber das ist doch die Idee der sozialen Grundrechte, dass man ein bestimmtes

Fundament hat, dass jedem garantiert ist und zwar als Recht des Bürgers.

Bude: Als Grundlage ist das natürlich wichtig. Aber Anrechte, um mit Ralf Dahrendorf zu sprechen, schaffen noch keine Bindungen. Deshalb ist mir der Begriff der Solidarität so wichtig, weil er Räume schafft und nicht nur Positionen garantiert.

NG/FH: Was wäre denn der erste große Schritt, der von der Politik kommen müsste, um zu verhindern, dass die Gefahr wächst, dass die verdrängte Angst hervorbricht?

Bude: Es ist sehr merkwürdig, dass der entscheidende politische Satz der letzten Jahre, der die Macht der Politik verdeutlicht hat, von dem Banker Mario Draghi kam. Der berühmte Satz: Wir erhalten den Euro, mit dem Nachsatz »whatever it takes«, was immer es kostet. Er hat dazu geführt, dass sich auf den internationalen Finanzmärkten die Konditionen für europäische »Schuldenstaaten« in kürzester Frist verändert haben. Und das war ein politischer, kein ökonomischer Satz. Der hat belegt, dass die Politik auch in dieser komplexen Welt die Möglichkeit besitzt, einen Punkt zu setzen. Solidarität ist in kritischen Momenten auf die Vorstellung angewiesen,

dass da jemand vorausgeht, eine Tür aufmacht, durch die auch wir mit unseren Vorstellungen gehen können.

NG/FH: Diese Riesenzufriedenheit mit Frau Merkel führt aber dazu, dass jeder, der im öffentlichen Diskurs Alternativkonzepte anbietet, sofort als ein Störenfried ausscheidet? Wagt man es deswegen gar nicht erst, irgendetwas Neues aufs Tapet zu bringen?

Bude: Ich glaube schon, dass zu dieser raumschaffenden Solidarität, dieser Geste der Großzügigkeit, die Idee gehört, dass wir mit einem anderen Vorstellungsvermögen über unsere gemeinsame Zukunft nachdenken müssen. In der denkenden Klasse in Deutschland sehe ich nicht mehr die Bereitschaft, auf bestimmte Fragen so zuzugehen, dass man sich die Alternativen wirklich vor Augen führt. Es ist im Grunde so, dass da wiederum eine Art von kognitiver Risikostreuung Raum gegriffen hat – man bewegt sich ein Stück weit, wie es so schön heißt, in eine Richtung und versucht zugleich, sich an anderer Stelle abzusichern. Das hat etwas mit diesem Regime der ewigen Gegenwart zu tun, von dem ich in der Tat glaube, dass es jetzt an sein Ende gelangt ist.

Johano Strasser

Wiederkehr des Schicksals?

Seit den Fanfarenstößen der Renaissance und dem Aufbruch ins Zeitalter der Aufklärung war alles Streben der Menschen in Europa darauf gerichtet, das unberechenbare Auf und Ab des menschlichen Lebens und des Geschichtsverlaufs, das also, was landläufig Schicksal genannt wird, soweit es eben ging, in eine kontrollierte und zum eigenen Vorteil gelenkte Fortschrittsbewe-

gung umzuformen. Sich nicht damit abzufinden, dass die Welt ist, wie sie ist, nicht tatenlos dabei zuzusehen, wie das Leben gänzlich ungeplant, unplanbar und oft genug freudlos und elend verläuft, das entsprach dem Ethos, das die Menschen antrieb, die sich aufmachten, den wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschritt in die eigenen Hände zu nehmen.